



Landratsfraktion

Herr Landratspräsident  
Hans-Peter Toggenburger  
Beugen  
8783 Linthal

8750 Glarus, 24. Dezember 2009

## **Motion der SVP-Landratsfraktion betr. "Standesinitiative zur Zurückstufung der Tätigkeiten der Schweizerischen Steuerkonferenz auf die informelle Ebene"**

Sehr geehrter Herr Landratspräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP-Fraktion unterbreitet dem Landrat die Motion betreffend "Standesinitiative zur Zurückstufung der Tätigkeiten der Schweizerischen Steuerkonferenz auf die informelle Ebene", mit dem Begehren, zuhanden der Eidgenössischen Räte eine Standesinitiative (gemäss Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung vom 18. April 1999) einzureichen, welche Massnahmen in die Wege leitet, damit die Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) wieder auf die informelle Ebene zurückgeführt wird, wie dies bei deren Gründung anno 1919 auch beabsichtigt war.

Der Regierungsrat wird darüber hinaus gebeten, bei der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) darauf hinzuwirken, dass diese von der SSK fordert, ihr Wegleitungen und Kreisschreiben sowie wichtige Neuerungen rechtzeitig zu unterbreiten. Überdies hat ein ordentliches Vernehmlassungsverfahren unter Einbezug der kantonalen Parteien und der kantonalen Wirtschaftsverbände stattzufinden. Die genannten SSK-Publikationen sind vor Inkrafttreten durch die FDK zu genehmigen.

Der Regierungsrat wird desweiteren aufgefordert, dem Landrat alle jene Entscheide der SSK zu unterbreiten, die über einen Verordnungs- oder Gesetzescharakter verfügen, das heisst Entscheide, welche geeignet sind, die Praxis der Steuerverwaltung relevant zu ändern. Bei Entscheidungen der SSK, die nicht solchen Charakter aufweisen, äussert sich der Regierungsrat – oder zumindest der kantonale Finanzdirektor – zur Umsetzung der Wegleitungen und Kreisschreiben der SSK.

### **Begründung**

Sinn und Zweck der SSK war ursprünglich, den Informationsaustausch und die reibungslose Abwicklung des Kontakts unter den kantonalen Steuerverwaltungen sicherzustellen. Die Konferenz hat damit informellen Charakter. Sie verfügt über keine verfassungsmässige Grundlage und schon gar nicht über gesetzgeberische Kompetenzen.

In jüngster Vergangenheit hat sich die SSK zunehmend in heikle politische Bereiche eingemischt und ganz direkt versucht, zu legiferieren. Dass die SSK mit ihren Weisungen steuerrechtlich weitreichende Beschlüsse verursacht, obwohl sie keinen Auftrag und keine

Legitimation zur Gesetzgebung hat, ist störend. Diese bedenkliche Eigendynamik muss unterbunden werden. Als problematisch erweisen sich u.a. die Kreisschreiben, die faktisch oft Verordnungs- bzw. Gesetzescharakter entwickelt haben.

Konkrete Beispiele, die insbesondere auch vom Schweizerischen Gewerbeverband sgV kritisiert wurden, sind der Neue Lohnausweis und die Berechnung der Vermögenssteuer auf Wertpapieren. Bei diesen Weichenstellungen wurde der Weg der Vernehmlassung (insbesondere bei betroffenen Verbänden) umgangen. So wurden weitreichende Entscheide am eidgenössischen Parlament vorbei getroffen und mussten von der Politik faktisch übernommen werden.

Dies alles steht in diametralem Widerspruch zu den Grundregeln unserer direkten Demokratie. Eine Oberaufsicht über die SSK soll mithelfen, diese bedenkliche Eigendynamik zu unterbinden.

Im Namen der SVP-Landratsfraktion bitte ich Sie um die Überweisung der Motion und danken Ihnen für Ihre Unterstützung..

Besten Dank und freundliche Grüsse

**SVP-Landratsfraktion**

This Jenny  
Präsident

